



Info-Blatt Nr. 1 der GAL-Fraktion vom 6. August 2014

Wir möchten Sie mit unseren Informationsblättern informieren, um was es bei der Flüchtlingsunterbringung geht. **Flüchtlingsunterbringung – wie geht das?**

1. Zuerst in die LEA

Erste Station für Asylbewerber und alle sonstigen Flüchtlinge in Baden-Württemberg ist die sog. Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) in Karlsruhe. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer dort beträgt 6 Wochen. Wegen der hohen Flüchtlingszahlen ist die LEA Karlsruhe seit Wochen überfüllt.

2. Dann in Gemeinschaftsunterkünften

Von der Erstaufnahme aus werden die Flüchtlinge an die Stadt- und Landkreise zugeteilt. Hier werden sie in sogenannten Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Die Anzahl der zugewiesenen Flüchtlinge richtet sich nach der Einwohnerzahl der Landkreise. Die Flüchtlinge bleiben vorübergehend in diesen Gemeinschaftsunterkünften: Bis zum Abschluss des Asylverfahrens (längstens 2 Jahre), bzw. Flüchtlinge ohne Asylantrag bis zu 6 Monate. Merke: In Weinheim geht es also um diese sogenannte vorläufige Unterbringung.

3. Auf Dauer in den Gemeinden

Nach dieser vorübergehenden Unterbringung werden die Flüchtlinge, deren Asylantrag anerkannt wurde oder die aus humanitären Gründen hier bleiben dürfen, auf die Gemeinden des Landkreises verteilt. Dort werden sie in aller Regel auf Dauer wohnen. In Weinheim haben seit den 80er Jahren auf diese Weise schon Hunderte Flüchtlinge gelebt, deren Asylantrag Anerkennung gefunden oder die Bleiberecht hatten. Es darf nicht verschwiegen werden: Viele werden auch abgeschoben, aber ca. 50% können aus verschiedenen Gründen hier verbleiben.

Starker Anstieg der Flüchtlingszahlen

Aktuell gibt es rund 50 Kriegs- und Krisenherde auf der Welt. Dadurch steigen die Flüchtlingszahlen derzeit stark an. Nach Deutschland kommen vor allem Flüchtlinge aus den arabischen Ländern, dem Balkan und einigen afrikanischen Ländern.

20% der Flüchtlinge bei uns kommen aus Syrien, 14% aus Serbien, 10% aus Gambia. Die Zusammensetzung ändert sich fortlaufend, wird aber in den nächsten Jahren stark vom Bürgerkrieg in Syrien geprägt.

Übrigens: Der Kreis will in Weinheim Unterkünfte für Familien mit Kindern bauen.

Flüchtlingszahlen zum Vergleich:

2013 gab es 14.000 Asylsuchende in Baden-Württemberg. 2014 ist mit 23.000 zu rechnen. Bundesweit ist 2014 mit 175.000 Flüchtlingen (2013: 110.000) zu rechnen. Tendenz steigend, das gilt für alle europäischen Kernländer. Alle Landkreise und Gemeinden müssen mithelfen, diese Menschen unterzubringen.

Was ist mit den leer stehenden Kasernen in Mannheim und Heidelberg?

Flüchtlinge werden auch in Kasernen untergebracht. Allerdings stehen längst nicht alle zur Verfügung. Was nicht möglich ist: Die Unterbringung aller Flüchtlinge in der Region in früheren Mannheimer oder Heidelberger Kasernen. Warum nicht? Wir wollen keine Flüchtlings-Ghettos. Die Betreuung und die Versorgung mit Schulen und Kindergärten sind in so großen Einheiten nicht möglich!

Wer bezahlt die Unterbringung?

Letztlich natürlich die Gesamtheit der Steuerzahler. Konkret ist das Land Baden-Württemberg für die Unterbringung zuständig und zahlt dem Rhein-Neckar-Kreis eine Pro-Kopf-Pauschale. Träger der Gemeinschaftsunterkünfte ist der Kreis; die Stadt Weinheim steht unterstützend zur Seite. Für den Bebauungsplan ist die Stadt zuständig.

Flüchtlinge wollen arbeiten

Noch in diesem Jahr sollen Flüchtlinge nach drei Monaten Aufenthalt arbeiten können. Es gibt viele Tausend nicht besetzte Arbeitsplätze bei uns. Dadurch werden Flüchtlinge die Sozialkassen deutlich entlasten und sich und ihre Familien (teilweise) selbst ernähren. Weitere Fragen werden wir in den nächsten Informationsblättern beantworten.

Termin zum Vormerken:

Dienstag, 23. September 2014, 20 Uhr, Rolf-Engelbrecht-Haus:

Zweite Bürgersprechstunde der StadträtInnen aus der Weststadt zum Thema

Flüchtlingsunterkunft: Das sind

Stella Kirgiane-Efremidis / Elisabeth Kramer / Susanne Krüger / Karl Bär / Klaus Flößer / Holger Haring / Matthias Hördt / Carsten Labudda / Gerhard Mackert / Wolfgang Metzeltin / Sascha Pröhl / Uli Sckerl.

Wie schon am 17. Juli werden sich hier die StadträtInnen Ihren Fragen und Anregungen stellen.

Haben Sie Fragen? Haben Sie Kritik?

Bitte melden Sie sich. Die Stadträtinnen und Stadträte der GAL stehen Ihnen für Auskünfte und Gespräche zur Verfügung.

Kontaktmöglichkeiten:

Elisabeth Kramer, 06201-12513 / elisabeth.kramer@t-online.de

Uli Sckerl, 06201-959089 / ulisckerl@t-online.de